

## 2 Planungsrechtliche Festsetzungen

2.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)

Reine Wohngebiete - WR (§ 3 BauNVO)

(1) Entsprechend § 1 (5) BauNVO sind in den Reinen Wohngebieten (WR) folgende Nutzungen nach § 3 (1) bis (4) zulässig:Wohngebäude,

- Anlagen zur Kinderbetreuung, die den Bedürfnissen der Bewohner des Gebietes dienen

(3) Nach § 3 (2) und (3) BauNVO ausnahmsweise zulässig sind:

- Läden und nicht störende Handwerksbetriebe, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner des Gebietes dienen, sowie kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes,

- sonstige Anlagen für soziale Zwecke sowie den Bedürfnissen der Bewohner des Gebietes dienende Anlagen für

kirchliche, kulturelle, gesundheitliche und sportliche Zwecke. (4) Die Nutzungen gemäß 3 (4) sind zulässig.

## 2.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB; § 16 ff. BauNVO)

(1) Das zulässige Maß der baulichen Nutzung wird durch die zulässige Grundflächenzahl (0,3) und eine maximale Firsthöhe (10,0 m) festgesetzt.

(2) Bei Ausbildung eines Flachdaches ist eine maximale Firsthöhe, Höhe der Oberkante der Attika, bis 7,0 m zulässig. Flachdächer werden bis Dachneigungen von gleich oder weniger als 10° festgelegt.

(3) Außer für Solaranlagen und untergeordnete Bauteile (Schornstein, Lüftungsrohre) ist bei Flachdachgebäuden oder flachgeneigten Dächern bis 10° ein Überschreiten der maximalen Gebäudehöhe von 7,0 m für Dachaufbauten oder Staffelgeschosse unzulässig.

(4) Die ausgewiesenen Firsthöhen, Höhe der Oberkante der Attika, sind Maximalwerte und beziehen sich auf die Höhe der jeweils zugeordneten Erschließungsstraße in der Mitte der jeweiligen straßenseitigen Grundstücksgrenze. (5) Die Firsthöhe wird an der höchsten Stelle der fertigen Dachkonstruktion, bei Flachdächern an der Oberkante der Attika gemessen.

(6) Für Solaranlagen gilt bei geneigten Dächern die festgesetzte Firsthöhe als maximale Gesamthöhe, bei Flachdächern darf die festgesetzte Höhe der Attika maximal um 1,5 m überschritten werden.

## 2.3 Bauweise (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB)

Gemäß § 22 (2) Satz 1 BauNVO wird eine offene Bauweise festgesetzt, wobei Einzel- und Doppelhäuser zulässig sind. Bei Einzelhäusern werden die Gebäude mit seitlichem Grenzabstand errichtet. Bei Doppelhäusern ist einseitige Grenzbebauung zwingend.

### 2.4 Überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB)

Gemäß § 23 (3) BauNVO sind die überbaubaren Grundstücksflächen durch Baugrenzen im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes festgesetzt.

## 2.5 Garagen und Nebenanlagen (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB i.V. § 12, 14 und 19 BauNVO)

(1) Stellplätze, Garagen und Carports sind innerhalb der Reinen Wohngebiete zulässig.

(2) Nebenanlagen für die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie zur Ableitung von Wasser und Abwasser i.S. des § 14 (2) BauNVO sind ausnahmsweise zulässig. Sie sind nicht auf die zulässige GRZ mit anzurechnen.

## 2.6 Versorgungsleitungen (§ 9 (1) Nr. 13 BauGB)

Versorgungsleitungen für Elektrizität, Gas, Wärme, Wasser und Telekommunikation sind unterirdisch zu verlegen.

## 2.7 Grünflächen (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB)

Auf den privaten Grundstücksflächen sind je Bauplatz mindestens 1 Obstbaum einheimischer Hochstammsorten, Stammunfang 10/12, anzupflanzen. Die Anpflanzung muss spätestens im Folgejahr der Baumaßnahme erfolgen.

## 2.8 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)

(1) Als Fläche für Kompensationsmaßnahmen wird ein Teilgeltungsbereiche im Stadtwald von Bad Sooden-Allendorf zugeordnet, der dem Prozessschutz unterstellt wird. Auf dem Flurstück 2/1, Flur 37, Gemarkung Bad Sooden-Allendorf, wird ein Buchenmischbestand auf einer Fläche von m² dauerhaft der eigenen Entwicklung überlassen. Der Buchenmischbestand ist jeglicher forstlichen Nutzung zu entziehen. Jegliche Nutzung von stehendem und liegendem Totholz ist unzulässig.

# 2.9 Gebiete, in denen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i.S. des BlmSchG bestimmte luftverunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen (§ 9 (1) Nr. 23 a BauGB)

In den festgesetzten Wohngebieten ist die Verwendung fossiler Brennstoffe (Erdöl, Gas, Kohle) unzulässig.

## 2.10 Umgrenzung von Flächen für besondere Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen

#### Umwelteinwirkungen (§ 9 (1) Nr. 24 BauGB Außenbeleuchtung

(a) Außerhalb von geschlossenen Gebäuden sind ausschließlich insektenschonende Natriumdampf-Niederdrucklampen oder LED-Lampen zu verwenden.

Niederdrucklampen oder LED-Lampen zu verwenden.

(b) Die Leuchten sind so zu montieren und abzuschirmen, dass ausschließlich zielgerichtete Beleuchtung nach unten erfolgen kann.

(c) Die Höhe der Lichtstände wird auf eine Höhe von max. 3,50 m, gemessen vom örtlich anstehenden Gelände begrenzt.

(d) Helligkeit und Beleuchtungszeiten sind auf das notwendige Maß zu beschränken.

## 2.11 Flächen für die Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen und von Sträuchern (§ 9 (1) Nr. 25 a und b

(1) Die zum Anpflanzen und zum Erhalt festgesetzten Flächen sind unter Beachtung der verkehrsrechtlichen Bedingungen und Sichtbeziehungen nach zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Die Anpflanzungen haben mit heimisch und standorgerechten Gehölzen, 2 xv, 60/100, im Abstand von 1,5 x 1,50 m zu erfolgen.

(2) Die nicht überbauten und nicht befestigten Grundstücksflächen sind als Gartenflächen anzulegen und zu unterhalten

(3) Die Anlage von vollständig geschotterten Gartenanlagen ist unzulässig, der Bedeckungsgrad der als Gartenflächen angelegten Bereiche mit Vegetation muss mind. 75 % betragen.

## 2.12 Maßnahmen zum Ausgleich (§ 9 (1a) BauGB)

(1) Die Ausgleichsmaßnahme wird zu 100 % den Eingriffen auf den privaten Grundstücken innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans zugeordnet. Der Verteilungsmaßstab für die durch die Kompensationsmaßnahmen entstehenden Kosten ist die Größe der zulässigen überbaubaren Grundstücksfläche, wobei die Schwere der zu erwartenden Beeinträchtigungen auf alle betroffenen Baugrundstücke gleich verteilt wird.
(2) Auf dem Grundstück sind zur ökologischen Aufwertung in den das Grundstück umgebenden Strukturen bzw. neuen Gebäuden oder vorhandenen Bäumen im privaten Bereich mind. 3 Halbhöhlenbrüterkästen sowie 2 Sperlingskästen anzubringen.

# 3 Bauordnungsrechtliche und gestalterische Festsetzungen § 9 (4) BauGB in Verbindung mit der HBO

## 3.1 Oberflächengestaltung und Grünordnung

(1) Vor Beginn der Baumaßnahmen ist der Oberboden fachgerecht zu sichern. Er ist für Pflanzmaßnahmen auf den einzelnen Grundstücken zu verwenden. Nicht benötigter Boden ist ordnungsgemäß zu lagern. Überschüssige Bodenmassen sind entweder durch Erdmassenausgleich auf dem Grundstück unterzubringen, oder deren sinnvolle Verwendung muss nachgewiesen werden.

(2) Die nicht überbauten und nicht befestigten Grundstücksflächen sind als Gartenflächen anzulegen und zu unterhalten. Die Anpflanzungen auf den Privatgrundstücken sind von den Grundstückseigentümern zeitgleich, spätestens im darauffolgenden Jahr nach Durchführung der jeweiligen Baumaßnahme durchzuführen.

(3) PKW-Stellplätze auf den privaten Flächen sowie Zufahrten zu den Stellplätzen, Garagen, Carports auf den privaten Flächen sind nur mit Schotter- oder Kiesdecke, Schotterrasen, wasserdurchlässiger Pflasterung oder Rasengittersteinen zulässig.

## 3.3 Werbeanlagen

(1) Leuchtreklame ist in den Reinen Wohngebieten unzulässig.

(2) Werbeanlagen dürfen die jeweilige Traufhöhe eines Gebäudes maximal aber 3,5 m über der OK Erdgeschossfußboden nicht überschreiten.

(3) Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig.

### 3.4 Einfriedungen

Einfriedungen sind als offene Zäune und Heckenanpflanzungen zulässig.

## 4 Hinweise

## (1) Denkmalschutz

Vor- und frühgeschichtliche Funde wie Bodendenkmäler sind gemäß § 21 HDSchG dem Landesamt für Denkmalpflege, Ketzerbach 11 in 35037 Marburg/Lahn anzuzeigen, in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen. Diese Anzeige kann auch gegenüber der Stadt Bad Sooden-Allendorf oder der Unteren Denkmalschutzbehörde des Werra-Meißner-Kreises erfolgen. Hinweise auf Bodendenkmäler geben alte Steinsetzungen, Bodenfärbungen durch Holzzersetzungen, Scherben, Knochen oder Metallgegenstände.

#### (2) Altlasten - Bodenschutz

Ergeben sich im Zuge der Umsetzung der Planung Hinweise auf schadstoffbedingte schädliche Bodenveränderungen, die einen Altlastenverdacht begründen können, sind die Mitwirkungspflichten nach § 4 Abs. 1 u. 2 HAlt-BodSchG zu beachten. Das Regierungspräsidium Kassel ist zwecks Absprache weiterer Maßnahmen unverzüglich zu informieren.

Bei Umsetzung der Planung sind die vom Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (HMLU 2024)

herausgegebenen Merkblätter "Bodenschutz beim Bauen" zu beachten.

https://landwirtschaft.hessen.de/umwelt/bodenschutz - Rubrik Bodenschutz beim Bauen + weitere Informationen.

#### (3) Artenschutz gem. § 44 BNatSchG

Die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gelten unabhängig vom Bau- und Planungsrecht und sind zum Zeitpunkt der Umsetzung des Planes im Gebiet zu prüfen, dass artenschutzrechtliche Verbotstatbestände ausgeschlossen werden können. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung stehen der Umsetzung keine entsprechenden Tatbestände entgegen, wenn Rodungen vorhandener Gehölze außerhalb der Brut- und Setzzeit gem. BNatSchG erfolgen.

### Rechtsgrundlage

**BauGB**: Baugesetzbuch in der zum Zeitpunkt der öffentlichen Auslegung gültigen Fassung **BauNVO**: Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke - Baunutzungsverordnung vom in der zum Zeitpunkt der öffentlichen Auslegung gültigen Fassung **PlanzV 90**: Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts -

Planzeichenverordnung in der zum Zeitpunkt der öffentlichen Auslegung gültigen Fassung **HBO:** Hessische Bauordnung in der zum Zeitpunkt der öffentlichen Auslegung gültigen Fassung

Planverfasser im Auftrag des Magistrates der Stadt Bad Sooden-Allendorf



Stadt Bad Sooden-Allendorf

Werra-Meißner-Kreis



# 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10"Am Klausberg",Gemarkung Bad Sooden-Allendorf

Maßstab 1 : 500 Stand 08/2024

